

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

40. Abgeordneter
**Günter
Gloser**
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Kenntnisse über eine Zunahme des Fluglärms in den Gemeinden Ansbach-Katterbach und Kammerstein vor, der durch US-Militärhelikopter verursacht wird, und falls ja, was unternimmt die Bundesregierung gegen die Zunahme der Fluglärmbelästigung?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt vom 7. Dezember 2011

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine Zunahme des Fluglärms in den Gemeinden Ansbach-Katterbach und Kammerstein vor.

Es ist stetes Bestreben der Bundesregierung, die Belastungen für die Bevölkerung durch militärischen Flugbetrieb auf das unvermeidbare Maß zu begrenzen. Um die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften sowie des jeweiligen Landes bei der Planung und Durchführung des Flugbetriebs einzubeziehen, werden Fluglärmkommissionen eingesetzt. Diese bewährten Einrichtungen bestehen u. a. an allen Flugplätzen in der Region Mittelfranken, die von der Bundeswehr und den NATO-Partnern genutzt werden. Damit wird gezielt auf regional unterschiedliche Verhältnisse und Rahmenbedingungen des Flugbetriebs eingegangen.

Dieser Dialog mit dem Ziel einer Begrenzung der mit dem notwendigen militärischen Übungsflugbetrieb einhergehenden Belastungen der Bürger soll auch in Zukunft fortgesetzt werden.

41. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist die indonesische Regierung bereits bezüglich der von ihrem Verteidigungsminister Purbomo Yusgiantoro verkündeten Absicht, Panzer aus Beständen der Bundeswehr kaufen zu wollen (www.tempointeractive.com/hg/nasional/2011/11/25/brk,20111125-368445,uk.html, Stand 25. November 2011, 13:37 Uhr), an die Bundesregierung herangetreten, und ist die Genehmigung eines solchen Verkaufs von der Bundesregierung geplant oder bereits erteilt worden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt vom 5. Dezember 2011

Die indonesische Regierung ist bisher nicht mit der Absicht, Kampfpanzer bzw. sonstige gepanzerte Gefechtsfahrzeuge aus Beständen

der Bundeswehr zu erwerben, an die Bundesregierung herangetreten.

Der Bundesregierung ist jedoch bekannt, dass das indonesische Heer seine gepanzerten Truppen modernisieren will und die deutsche Industrie daran interessiert ist, gepanzerte Fahrzeuge anzubieten. Allerdings hat die Bundesregierung hierzu weder eine Ausfuhrgenehmigung erteilt noch hat sie über eine Voranfrage entschieden.

42. Abgeordnete **Katja Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung ihren Meinungswechsel, nach dem sie nun doch bereit ist, U-Boote nach Israel zu liefern und sich an den Beschaffungskosten mit einem Drittel zu beteiligen (ddp vom 30. November 2011), vor dem Hintergrund der Berichte vom 28. Oktober 2011 (www.tagesspiegel.de), nach denen sie dieses Geschäft aufgrund der Irritationen über die Förderung des Siedlungsausbaus durch die israelische Regierung gestoppt hatte?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Christian Schmidt
vom 9. Dezember 2011**

Die Bundesregierung hat der Lieferung eines weiteren U-Bootes an Israel zugestimmt. Dies geht zurück auf eine Übereinkunft, die von der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder 2005 getroffen wurde. Sie legte die Lieferung von zwei U-Booten unter Kostenbeteiligung durch die Bundesregierung fest. Der Bauvertrag zwischen Israel und der Industrie beinhaltete die Option für ein drittes Boot. Mit der jetzt zu schließenden Ergänzungsvereinbarung zum Regierungsabkommen kann diese vertragliche Option ausgelöst werden. Entsprechende Mittel sind in den vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Haushalt 2012 eingestellt.

Die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, hat sich insbesondere in ihrer Rede vor der Knesset im Jahr 2008 zum besonderen Verhältnis und zur historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel geäußert. Die jetzige Entscheidung folgt diesem Grundsatz. Im Übrigen steht die Bundesregierung damit in der Kontinuität der Vorgängerregierungen.

43. Abgeordneter **Niema Movassat**
(DIE LINKE.)
- Welchen finanziellen, personellen und inhaltlichen Umfang hat die deutsche Militärische Ausbildungshilfe für Ägypten in Deutschland und vor Ort, und nach welchen Kriterien wird entschieden, wer ausgebildet wird?